

p.B.41.21.Tibet O. / - JR/di  
p.A.45.35.

Bern, den 3. März 1964

p.B.15.21.Chon. ✓

Aktennotiz

Büro des Dalai Lama in Genf /  
Nationalchinesische Studenten  
in der Schweiz

Am 3. März bitte ich den chinesischen Botschafts-  
rat Tsui, zur Zeit Geschäftsträger a.i., zu mir, um ihm  
folgendes mitzuteilen :

1.) Unter Bezugnahme auf seine Vorsprache am  
22. Januar danke ich zunächst für die Erteilung des Visums  
an Lorenz Stucki. Anschliessend gebe ich ihm Kenntnis  
vom Ergebnis unserer Erhebungen bezüglich der Tätigkeit  
eines persönlichen Vertreters des Dalai Lama in der Schweiz.  
Inzwischen habe der Dalai Lama eine Anfrage an uns gerichtet,  
die wir geprüft hätten. Wir seien mit der Tätigkeit eines  
persönlichen Vertreters einverstanden, soweit es sich um  
Fragen kultureller, religiöser und moralischer Art handle.  
Dagegen komme irgendwelche politische Tätigkeit nicht in  
Frage. Der Dalai Lama und sein Vertreter hätten sich mit  
der Bedingung einverstanden erklärt.

Herr Tsui erwidert folgendes: Er werde diesen  
Entscheid seiner Regierung bekanntgeben. Persönlich bedaure  
er unsere Haltung. Der Dalai Lama und seine Gefolgschaft  
hätten 1959 eine bewaffnete Rebellion entfesselt, die China  
gezwungen habe, einzugreifen. Die Auführer seien alsdann  
ins Ausland geflohen, um von dort aus zu agitieren (übliche  
Platte). Das in Genf geplante Büro diene auch zu politischen  
Manövern. Schliesslich gibt Herr Tsui der Erwartung Ausdruck,  
der Bundesrat möge seinen Entscheid wiedererwägen im Hinblick  
auf die bestehenden guten Beziehungen zwischen Bern und Peking.



- 2 -

Meine Replik beschränkt sich auf zwei Punkte: Bezüglich der sog. Rebellion sei eine Diskussion zum vorneherein aussichtslos, da beide Seiten ihre eigene Auffassung hätten und behielten. Ob eine Tätigkeit von Ausländern in der Schweiz von politischer Natur sei, hätten ausschliesslich die schweizerischen Behörden zu bestimmen. Wir hätten diesbezüglich eine grosse Erfahrung und hätten was noch nie etwas vormachen lassen. Im übrigen bestehe kein Grund, dass die bilateralen Beziehungen Schaden leiden sollten.

Herr Tsui verzichtet ebenfalls auf eine weitere Diskussion, unterstreicht aber meine Bemerkung über die guten Beziehungen, die er sogar als ausgezeichnet taxiert und die sich noch weiter entwickelten. Dagegen scheint er meine Worte über bestehende Differenzen in der Anschauung bezüglich Tibet missverstanden zu haben, indem er erklärt, Tibet sei und bleibe ein integrierender Bestandteil Chinas; es handle sich um eine autonome Minderheit, die einer Provinz gleichzustellen sei. Ferner bedauert er, dass wir mit dem Dalai Lama Kontakte haben. China sei aber bereit, unsere Neutralität zu respektieren und werde von uns keine Auslieferung des persönlichen Vertreters des Dalai Lama verlangen (letzteres mit einem verständnisvollen Lächeln gesagt).

Ich kann nicht umhin, Herrn Tsui klar zu machen, dass bezüglich der Zugehörigkeit Tibets zur Volksrepublik China keine Meinungsverschiedenheiten beständen, wohl aber bezüglich des Status' der Flüchtlinge, die für uns keine Verräter seien.

2.) Anknüpfend an den Besuch von Botschaftsrat Wang am 12. Dezember betreffend die Gründung einer nationalchinesischen Studentenverbindung in der Schweiz und einer nationalchinesischen Ausstellung in Freiburg teile ich Herrn

- 3 -

Tsui folgendes Ergebnis unserer Erhebungen mit : Es ist richtig, dass die nationalchinesischen Studenten in der Schweiz Ende 1963 eine Vereinigung gegründet haben. Diese ist aber von der Universität Freiburg nicht offiziell anerkannt. Solange sich im übrigen diese Studenten nur um ihre Studien kümmern, sei dagegen nichts einzuwenden; etwas anderes sei bisher nicht festgestellt worden.

Die Kunstaussstellung in Freiburg hätte ich persönlich besucht. Es handle sich um die bekannten Handmalereien mit den üblichen (unpolitischen) Sujets. Nicht in Ordnung sei lediglich gewesen das Auflegen von Broschüren über Formosa, weshalb wir veranlasst hätten, dass, falls die Ausstellung an anderen Orten gezeigt werden sollte (was übrigens nicht vorgesehen sei), derartige Broschüren zu verschwinden hätten.

Herr Tsui erklärt, wenn die Studenten sich nur normal betätigten, die Botschaft nicht interveniert wäre. Es seien aber Beeinflussungsversuche unternommen worden seitens nationalchinesischer Vertreter bei der Botschaft in Paris und der UNO-Delegation in Genf.

Diesbezüglich sehe ich mich veranlasst, zuzugeben, dass in der Tat Kontakte bestanden hätten. Was die Aktivität der Pariser Botschaft Tchang Kai-cheks angehe, werde diese nach Abbruch der Beziehungen zwischen Paris und Taipeh von selbst aufhören. Bezüglich der UNO-Vertretung würden wir die Delegation aus Taiwan darauf aufmerksam machen, dass sie sich nur mit UNO-Aufgaben zu befassen habe.

Kopie dieser Notiz geht an :

- Schweiz. Botschaft Peking
- Schweiz. Botschaft New Delhi (ad B.13.18)
- Polizeiabteilung EJPD (ad 777.14 SU)
- Bundesanwaltschaft (ad (244:0)715.Schö/j)
- Abt.f.Intern.Organis.

*sig. Janner*

89 10. MIZ 64 - 16